



Ukraine unterstützen, aber nicht verteidigen?

Dr. Klaus Olshausen

Januar 2025

Zusammenfassung

Im Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine gilt deklaratorisch immer noch die politische Zwecksetzung der G7 vom Sommer 2023. Aber das Erreichen wurde seither weder ausreichend noch hinreichend unterstützt. Seit einiger Zeit und mit dem Amtsantritt von Donald Trump als 47. Präsident der USA beginnt Selenskyj zu erkennen, dass Europa und die USA offensichtlich die Unterstützung für dieses Ziel nicht nur nicht massiv erhöhen wollen – was sie könnten – sondern glauben, die geopolitischen Folgen einer Niederlage der Ukraine, immerhin dem zweitgrößten Land Europas, für die Staaten von NATO und EU durch Aufbau verstärkter Abschreckung entlang der NATO-Grenzen auffangen zu können. Trump gab drei Orientierungen zur Außenpolitik bei Amtsantritt: „Schlachten gewinnen, Kriege beenden und – am besten nicht in Kriege hineingezogen werden“. Nur die erste bietet eine gute Aussicht für die Ukraine und Europa. Die zweite gibt Putin Erfolge, seine Destabilisierungspolitik fortzusetzen. Ein vollständiger Rückzug Trumps wird zu vielen Zugeständnissen Europas an Russland führen – nicht nur zum Schaden der Ukraine. Und ein „Deal“ ohne einen baldigen NATO-Beitritt der Ukraine wird – zunächst – die nicht-kinetische Destabilisierungspolitik eines imperialen Russland gegen den „kollektiven Westen“ massiv verstärken.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die Ukraine unterstützen, aber nicht verteidigen? Diese Feststellung kennzeichnet die Wirklichkeit der NATO-, EU- und Partnerstaaten im Umgang mit dem brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Der gegenwärtige Stand der kriegerischen, aber auch der ökonomischen und finanziellen Auseinandersetzung muss sich hinsichtlich eines Fortschritts, Putins Krieg zu stoppen, an der Erklärung des G7-Gipfels im Sommer 2023 messen lassen. Zum Angriffskrieg Russlands begann sie mit folgender politischen Zwecksetzung: „Wir, die Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der Gruppe der Sieben (G7), bekräftigen unser unerschütterliches Bekenntnis zum strategischen Ziel einer freien, unabhängigen, demokratischen und souveränen Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, die fähig ist, sich selbst zu verteidigen und künftige Aggressionen abzuschrecken“.

Mehr als eineinhalb Jahre später ist dieses Ziel weiter entfernt als damals. Alles, was die Staaten und Regierungen an militärischer, finanzieller, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe vorher und seither geleistet haben, war zwingend notwendig für das Überleben weiter Teile der Ukraine und das Verlangsamen russischer Gebietsgewinne, aber für das klar unterschriebene Ziel offensichtlich nicht hinreichend, oder eher bei weitem nicht ausreichend.

Mit dem Regierungsantritt von Donald Trump als 47. Präsident der USA und seinen bisherigen Aussagen zu Putins Krieg gegen die Ukraine erhalten diese Fragen erneut Bedeutung. Wie kleinlich hierbei oft gestritten wird, zeigt der unsägliche Streit zwischen dem Bundeskanzler und Teilen seiner Partei einerseits und dem Außen- und Verteidigungsminister sowie den Fraktionen von Grünen, FDP und CDU/CSU andererseits um die Bereitstellung von (weiteren) 3 Milliarden Euro für das Jahr 2025 zur militärischen Unterstützung, insbesondere der Luftabwehr und der Artillerie. Der Bundeskanzler macht es zum doppelten Wahlkampfthema, einmal gegen die Schuldenbremse und dann mit der schon länger aufkommenden Argumentation, sonst würde damit Rentnern oder Sozialhilfeempfängern Kürzungen zugemutet.

An anderer Stelle habe ich schon festgehalten, dass alle westlichen bilateralen Sicherheitsvereinbarungen, die seit Anfang 2024 mit der Ukraine abgeschlossen wurden – sozusagen für den nächsten Krieg – allein dadurch dokumentieren, dass 450 Millionen Europäer und 370 Millionen Amerikaner nicht in der Lage – oder besser nicht willens sind, den brutalen Angriff des imperialen Russlands erst zu stoppen und dann zurückzuweisen. Präsident Selenskyj, der – wie seine Landsleute – natürlich die territoriale Integrität von 1991 zurückgewinnen möchte, beginnt zu erkennen, dass Europa und die USA offensichtlich die Unterstützung für dieses Ziel nicht nur nicht massiv erhöhen wollen – was sie könnten – sondern die geopolitischen Folgen einer Niederlage der Ukraine, dem zweitgrößten Land Europas, für die Staaten von NATO und EU durch Aufbau verstärkter Abschreckung entlang der NATO-Grenzen glauben auffangen zu können.

Es ist diese realistische Einschätzung Selenskyjs, die ihn fordern lässt, dass im Falle eines vom „Westen“ betriebenen Waffenstillstands entlang einer zu bestimmenden Frontlinie die nicht besetzte Ukraine Sicherheitsgarantien durch westliche Staaten und Partner benötigt, die bei Bruch des Waffenstillstandes oder anderer Maßnahmen zur Destabilisierung und Unterjochung der gesamten Ukraine eine andere Verpflichtung aussprechen, als die allgemeinen und spezifischen Unterstützungsparagrafen in den bisherigen über 27 Vereinbarungen. Das gilt auch für die neue, auf 100 Jahre angelegte (?) Vereinbarung zwischen Großbritannien und der Ukraine, die beim Besuch von PM Keir Starmer in Kiew unterzeichnet wurde.



Wenn zuletzt die EU-Außenbeauftragte davon spricht, dass Russland in etwa vier Jahren kriegerische Aktionen gegen NATO- und EU-Staaten wagen könnte, dann wird es immer paradoxer, eine Abschreckung „zu Hause“ aufzubauen, anstatt den Aggressor mit massiver Unterstützung der Ukraine schon im ersten Ansatz zu stoppen. Was ist das für eine Politik, sich einen politischen Zweck vorzunehmen und dann eine Unterstützung zu leisten, die diesen Zweck unerreichbar macht. Und dann unterzeichnet man auch noch Sicherheitspartnerschaften für die Zukunft nach diesem Krieg, den man aber eher zu verlieren befürchtet. Aber selbst für eine nächste russische Bedrohung, wenn denn eine unabhängige „Rumpf“-Ukraine bestehen bliebe, scheuen sich die 27 Staaten solcher Vereinbarungen vor dem Entschluss und der Aussage: „Wir werden die Ukraine verteidigen“.

Und seit einer Woche ist nun Donald Trump, der „Deal Maker“, der 47. Präsident der USA. In der Inaugurationsrede hat er die Ukraine nicht erwähnt. Aber ein Satz muss auch für diesen Krieg im Blick behalten werden: „Wir messen unseren Erfolg nicht nur an den Schlachten, die wir gewinnen, sondern auch an denen, die wir beenden. Und vielleicht am wichtigsten, die Kriege, in die wir nicht hineingezogen werden.“

Das zeigt drei mögliche Wege für seine Russland-Ukraine-Politik. Erstens, den Krieg gegen den Aggressor gewinnen, zweitens den Krieg mit einem für die USA günstigen Ergebnis beenden und drittens sich nicht (weiter) in den Krieg hineinziehen lassen. Erste Worte in Richtung Putin, lassen den Druck auf einen Deal erkennen, wenn er auch die „harte Tour“ androht und die OPEC auffordert, den Ölpreis durch Produktion zu senken. Selenskyj wirft er vor, „er hätte den Krieg nie zulassen dürfen“. Und nach der dritten Variante wird er sich mit dem Hinweis auf falsche Biden Politik „einfach“ zurückziehen. Es ist zu früh für eine klare Einschätzung. Gewiss erscheint, dass Trump nicht als „Looser“ dastehen will, gerade gegenüber einem Russland, das z.Zt. so fest an China „hängt“.

Für die erste Lösung müssten die Europäer ihre Selbstabschreckung gegen Russland aufgeben, sich für ein freies Europa gegenüber Trump auch für ein „großes Europa“ stark machen und endlich „alles, was notwendig ist“ für die Ukraine verfügbar machen. Bei der zweiten Lösung wird Russland Teile gewinnen und die Destabilisierungsoption behalten. Das wird die Uneinigkeit in NATO und EU vergrößern und den Aufwand für glaubwürdige Abschreckung drastisch erhöhen. Ein vollständiger Rückzug Trumps aus der Ukraine-Unterstützung wird Europa zu erheblichen Zugeständnissen an Russland und zum Schaden der Ukraine veranlassen. Dann werden die Europäer westlich der „Frontstaaten“ endlich begreifen, dass ein Aggressor nicht „ohne eigene Schmerzen“ zu stoppen ist.

Ein „deal“ ohne den baldigen NATO-Beitritt der Ukraine und Beschleunigung der EU-Beitrittsgespräche wird die nichtmilitärische Destabilisierungspolitik des imperialen Russlands nicht verhindern, sondern gezielt verstärken.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen